

Christine Meissler

---

### **Zivilgesellschaftliches Engagement weltweit immer mehr eingeschränkt – Der Atlas der Zivilgesellschaft 2019**

Auch 2019 hat Brot für die Welt zusammen mit dem internationalen Netzwerk CIVICUS den Atlas der Zivilgesellschaft 2019 herausgegeben. Der Atlas der Zivilgesellschaft stützt sich auf Daten, die CIVICUS regelmäßig erhebt. Die Daten basieren auf Erhebungen und der Auswertung verschiedener Quellen und Indizes zu Grundfreiheiten.

Der Atlas spiegelt die problematischen Bedingungen wider, mit denen Vereine, Initiativen, NGOs und soziale Bewegungen weltweit zu kämpfen haben: Nach Erhebungen von CIVICUS leben zwei Milliarden Menschen in Staaten, wo zivilgesellschaftliches, d.h. bürgerschaftliches Engagement durch staatliche Gewalt vollständig unterbunden wird. Nur vier Prozent der Menschen genießen demnach uneingeschränkte Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und können ihre Anliegen frei äußern, an Demonstrationen teilnehmen oder eine zivilgesellschaftliche Organisation gründen. Auch in europäischen Ländern wie Ungarn, Österreich und Italien hat sich die Lage 2018 verschlechtert. Vor allem das Engagement für Flüchtlinge und Flüchtlingsschutz wird in einigen Mitgliedstaaten der EU massiv eingeschränkt, kriminalisiert und stigmatisiert.

Auch die zweite Ausgabe des Atlas der Zivilgesellschaft blickt auf einige ausgewählte Länder, um unterschiedliche Ausprägungen des Phänomens »Shrinking Space« zu zeigen. 2019 wird die Lage in Bolivien, Kirgisistan, Mexiko, Simbabwe, Togo und Ungarn näher analysiert. Neben diesen Fallbeispielen beinhaltet der Atlas anschauliche Grafiken und Karten, die die relevanten Ergebnisse prägnant darstellen. Zum ersten Mal wird mit Ungarn auch ein Mitgliedsland der Europäischen Union in den Blick genommen: Das Land markiert unter dem Premier Viktor Orbán erneut einen Tiefpunkt im CIVICUS-Monitor für die EU und wird als »beschränkt« eingestuft. Ein wesentlicher Grund dafür ist das sogenannte Stop-Soros-Gesetz, das Unterstützung für Flüchtlinge durch NGOs kriminalisiert und behindert. Und selbst in Deutschland werden Parallelen zur Situation mancher Brot für die Welt-Partnerorganisationen in Ländern des globalen Südens sichtbar: Beleidigende Rhetorik gegen Frauen, Menschen mit Behinderung, Migranten, Geflüchtete spalten unsere Gesellschaft und schaffen ein schwierigeres Umfeld für zivilgesellschaftliche Akteure.

Die Ursachen repressiver Einschränkungen sind oft unterschiedlich. Aber die Methoden, mit denen sie gegen Menschenrechts-Aktivistinnen und -Aktivisten vorgehen, gegen unliebsame Journalistinnen und Journalisten oder soziale Proteste, sind erstaunlich ähnlich. CIVICUS hat

mehr als 1.400 Berichte über konkrete Angriffe auf die Zivilgesellschaft im Zeitraum von Oktober 2016 bis Oktober 2018 ausgewertet. Sie stehen exemplarisch für viel höhere Fallzahlen. Die häufigsten Vergehen waren: In 563 Fällen handelte es sich um die Festnahme von Aktivistinnen und Aktivisten, in 626 Fällen wurden Menschenrechtsverteidigerinnen oder Aktivisten eingeschüchtert und schikaniert. 368 Mal wurden Journalistinnen und Journalisten angegriffen, 360 Mal übten staatliche Stellen Zensur aus, 320 Mal gingen staatliche Akteure mit »exzessiver Gewalt« gegen Aktivistinnen und Aktivisten vor und 296 Mal lösten sie gewaltsam Versammlungen auf.

Die systematischen Einschränkungen müssen auch als Symptom einer weltweiten Krise der Demokratie gesehen werden. Dabei ist eine aktive Zivilgesellschaft, die sich für Bürgerbeteiligung, für soziale Belange, eine freie Presse, gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen einsetzt heute wichtiger denn je. Sie trägt erheblich zu wichtigen sozialen Fragen wie Gerechtigkeit, Umweltschutz, aber auch zu gesellschaftlichen Frieden bei. Ohne unabhängiges bürgerschaftliches Engagement wird die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ausgebremst.

Nicht nur die Zivilgesellschaft muss handeln, auch die Bundesregierung ist gefragt. Sie muss sich wirkungsvoller gegen Shrinking Space einsetzen. Sie muss mit gutem Beispiel vorangehen und ihr eigenes außenpolitisches Handeln dahingehend prüfen, dass es Shrinking Space in anderen Ländern nicht unterstützt. Internationale Verantwortung muss sich an internationalen Menschenrechten und einer engagierten Politik für eine gerechtere und nachhaltigere globale Entwicklung orientieren. Als eine der führenden demokratischen Wirtschaftsnationen sollte Deutschland seine Vorbildfunktion nutzen und sich für eine freie und handlungsfähige Zivilgesellschaft weltweit stark machen. Das sollte im Rahmen der diplomatischen Beziehungen ebenso passieren wie in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Durch Außenwirtschaftsförderung oder Sicherheitskooperationen nimmt Deutschland direkten und indirekten Einfluss auf die Achtung, die Gewährleistung und den Schutz von Menschenrechten und auf das zivilgesellschaftliche Engagement in anderen Ländern.

Besonders deutlich wird dieser Einfluss bei Exportkreditversicherungen und Investitionsgarantien für große Infrastrukturvorhaben wie dem Bau von Staudämmen, Bergbau, Erdöl- und Erdgasprojekten. Bei solchen Großprojekten kommt es immer wieder zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Teilen der Zivilgesellschaft, die sich für mehr Beteiligung der betroffenen Bevölkerung, Umweltschutz und Landrechte einsetzen. Brot für die Welt fordert die Bundesregierung deshalb zu einer kohärenten menschenrechtsorientierten Politik auf: Die Bundesregierung sollte verbindliche Prüfverfahren einführen, damit politische Entscheidungen und Maßnahmen auf deutscher beziehungsweise europäischer Ebene keinen negativen Einfluss auf die Menschenrechte und Freiräume der Zivilgesellschaft in anderen Ländern haben. Das bedeutet auch, dass die Bundesregierung gesetzliche Vorgaben schaffen muss, damit deutsche Unternehmen den menschenrechtlichen Risiken ihrer Geschäfte im Ausland entgegenwirken.

## **Autorin**

**Christine Meissler** ist seit 2013 Referentin für den Schutz der Zivilgesellschaft bei Brot für die Welt. Zuvor beschäftigte sie sich von 2007 bis 2013 als Referentin und Projektleiterin bei FriEnt und InWEnt vor allem mit Friedensentwicklung. Als Mitarbeiterin und Delegierte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz war sie von 2003 bis 2006 in Genf, Manila und Addis Abeba tätig. Sie ist Diplom-Politologin und hat einen Master in International Human Rights Law.

**Kontakt:** [christine.meissler@brot-fuer-die-welt.de](mailto:christine.meissler@brot-fuer-die-welt.de)

## **Weitere Informationen:**

Eine Online-Version des aktuellen Atlas ist auf der Brot für die Welt Webseite zu finden:  
<https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>

## **Redaktion**

### **BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)